Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 30 (1950-1951)
Heft: 9

Artikel: Elefant und Esel : ein amerikanischer Brief nach dem Wahltag
Autor: Schuschnigg, Kurt v.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-159874

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ELEFANT UND ESEL

Ein amerikanischer Brief nach dem Wahltag

VON KURT v. SCHUSCHNIGG

St. Louis (Missouri)

> *«Our whole duty, for the present, at any rate, is summed up in the motto: America first».*

Jeder Amerikaner wird gern bestätigen, daß diese Rhetorik stark nach «Chicago-Tribune», Herbst 1950, klingt. In Wahrheit stammt sie von Woodrow Wilson und aus der halb vergessenen ersten Weltkriegszeit.

W. Wilson war Demokrat und der Präsident des amerikanischen Internationalismus. «Chicago-Tribune» hielt es seit eh und je, so auch bei den jüngsten Wahlen, mit dem Elefanten, dem Parteisymbol der Republikaner.

«The worlds greatest paper» — mit einer täglichen Auflage zwischen 1 und 2 Millionen — wird diesem selbst gewählten Untertitel allerdings nicht ganz gerecht, was die Auflagenhöhe betrifft; «great» ist im ideologischen Sinne gemeint, und steht für Isolationismus.

So kämpft denn ein großes, ausgezeichnet gemachtes und weitverbreitetes Blatt im Herzen des amerikanischen Mittel-Westens unter dem Zeichen des «Elefanten» in vorderster Reihe gegen den «Esel», der seit den Tagen des großen Bürgerkriegs von der Demokratischen Partei als traditionelles Wappenbild geführt wird. Nach dem 7. November, als dem letzten Wahltag, versuchte die «Chicago-Tribune» die Bilanz zu ziehen und vermerkte: der Amerikaner läßt sich durch das Wortgespenst Isolationismus nicht mehr schrecken.

Die «Chicago-Tribune» ist das führende und meistverbreitete Blatt in der 4 Millionen-Stadt Chicago. Es war bezeichnend für die Grenzen politischen Einflusses einer amerikanischen Zeitung, daß der große nationale und lokale demokratische Wahlsieg von 1948 in Chicago mit einer Auflagensteigerung der «Chicago-Tribune» als des erbittertsten republikanischen Sprachrohrs Hand in Hand ging.

Bei und nach den letzten Wahlen ging es ungefähr so zu wie überall in der Welt in ähnlichen Fällen. Die Konkurrenten im politischen Wettstreit betonten ihre Siegesgewißheit; die wirklichen oder vermeintlichen Schattenseiten der Gegner wurden stark übertrieben; die Kandidaten ließen es an Innuendos und mitunter auch persönlichen Invektiven nicht fehlen; die Sprache des Wahlkampfs war aufs schärfste gewürzt. Gegen die Majorität war der übliche

Vorwurf der Korruption, gegen die Minorität jener der Sabotage an der Tagesordnung. Dabei wurde auch viel von außenpolitischen Problemen gesprochen, in erster Linie natürlich im Zusammenhang mit den Ereignissen im Fernen Osten. Dennoch wurde der unbeteiligte Beobachter den Eindruck nicht los, daß außenpolitische Kritik in erster Linie dazu diente, um innen- und vor allem wirtschaftspolitische Postulate zu verdecken.

In Wahrheit ist von Isolationismus im früheren Sinn — trotz «Chicago-Tribune» — und selbst in den Spalten dieses führenden Blattes — nicht mehr die Rede; und zwar in keinem politischen Lager. So grotesk es scheinen mag, wirkliche Isolationisten sind nur mehr die amerikanischen Kommunisten.

Von Schattierungen abgesehen ist daher die große außenpolitische Linie unbestritten. Daran kann auch die Möglichkeit gewisser Personalverschiebungen an leitender Stelle nichts ändern.

America first! — Dies wollen im Grunde beide großen Parteien. Und dieser gesunde und selbstverständliche Standpunkt liegt durchaus auch im Interesse Europas und der Welt, die mehr denn je an der Führerrolle der innerlich gefestigten und starken USA interessiert sind.

Wenn dieses «America first» dazu führt, um im durchaus verständlichen und unvermeidlichen Widerstreit der Meinungen zwischen deutschen und französischen Interessen das entscheidende Wort des Schiedsrichters in die Waage zu werfen, dann wäre dem gesamteuropäischen Interesse der denkbar größte und entscheidende Dienst an der Zukunft erwiesen.

Nun, da der Wahltag vorüber ist, sind beide Parteien mit einer gewissenhaften Analyse ihrer Gewinn- und Verlustbilanzen beschäftigt. Dabei geht es vermutlich weit aufrichtiger zu als in vielen ähnlichen europäischen Fällen. Und vor allem gibt es kaum persönliche Feindschaften, die den Wahltag überleben.

Wahlvoraussagen haben sich einmal mehr als unzuverlässig erwiesen. Dies deshalb, weil die Reaktion der amerikanischen Wähler sich nicht im voraus berechnen läßt. Überdimensionierte Reklame auf allen Gebieten macht den Durchschnittsmenschen unempfindlich für Propaganda. Er liest und bevorzugt z. B. die «Chicago-Tribune» und könnte ohne die Zeitung nicht leben; dies sagt aber nicht, daß er bereit ist, ihr auch ins politische Gehege zu folgen.

Andere führende Zeitungen des Landes, so die «St. Louis-Post Dispatch» (Auflage zwischen 300 000 und 400 000), empfahlen, die Stimme dem Mann und nicht der Parteiliste zu geben. So kam es denn auch, daß viele Wähler nicht parteigebunden, sondern die Männer ihres Vertrauens, unbeschadet der Parteizugehörigkeit, wählten. Dies erklärt, daß im selben Wahlgang und Wahlkreis z. B. ein demo-

kratischer Senator und ein republikanischer Governor (Chef der Staatsregierung) gewählt werden konnten.

Der Wahlvorgang als solcher ist zweifellos komplizierter und mag einen erheblichen Aufwand an Zeit und Mühe bedingen. Zusammen mit den räumlichen Entfernungen beeinflußt dieser Umstand auch sicher die Wahlbeteiligung als solche. Dem steht der Vorteil größerer persönlicher Verbundenheit zwischen Gewähltem und Wähler gegenüber.

Beide Parteien vereinten ihre Bemühungen, die Gesamt-Wahlbeteiligung zu heben. Plakate, Radio und Fernsehdienst, ja selbst die Kanzeln aller religiösen Gemeinschaften erinnerten an eine moralische Wahlpflicht; natürlich immer auf striktest unparteiischer Basis.

In der Tat war diesen Bemühungen, was die Wahlziffern betrifft, Erfolg nicht abzusprechen; dennoch blieben die Ziffern im allgemeinen hinter den Präsidentenwahlen von 1948 zurück. Die Häufigkeit amerikanischer Wahlen (alle zwei Jahre wird das Repräsentantenhaus und ein Drittel der Senatoren gewählt, neben ungezählten Wahlen mehr lokalen Charakters) ist dabei gewiß nicht ohne Einfluß.

Unter Vorbehalt der endgültigen Zählung, die infolge von Anfechtungen in Michigan, Connecticut und Teilen von New York noch nicht vorliegt, beträgt die Gesamtzahl der am 7. November 1950 abgegebenen Stimmen rund 41 000 000
im Vergleich zu rund 37 500 000 im Jahr 1938,
30 000 000 im Jahr 1942
48 000 000 im Jahr 1944
36 000 000 im Jahr 1946
48 500 000 im Jahr 1948

1944 und 1948 sind die Jahre von Präsidentenwahlen.

Berücksichtigt man nun, daß die Gesamtzahl der Wähler in USA bei den Rekordwahlen von 1948 nur rund 50 % der Wahlberechtigten betragen hat, und daß von diesen 50 % der tatsächlich abgegebenen Stimmen der Präsident eine Pluralität von 49,5 % (rund 24 100 000 Stimmen) erhalten hat, dann ergibt sich, daß der amerikanische Präsident mit rund 25 % der Stimmen aller stimmberechtigten Amerikaner gewählt ist.

Es ergibt sich weiter, daß der gegenwärtige Präsident, ebenso wie unter seinen Vorgängern Woodrow Wilson, aber auch Abraham Lincoln (bei seiner Wahl im Jahre 1860) als Minderheitspräsident zwar eine Mehrheit der Wahlmänner, aber nicht der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte.

Hitlers Nationalsozialisten hatten 1932, ein Jahr vor der Machtergreifung, 37 % der Stimmen auf sich vereinigt, bei einer Wahl-

beteiligung, die jede amerikanische Rekordziffer um ein wesentliches übertroffen hat. Gewiß ist der Vergleich nicht durchwegs überzeugend; denn wenn nur 50 oder weniger als 50 % der Wahlberechtigten zur Wahlurne gehen, kann man sicher mit Recht von einem stummen Votum sprechen, das eher pro denn contra wiegt.

Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß im Land, das wie kaum ein anderes die Majorität respektiert und am Majoritätsprinzip festhält, echte Majoritäten höchst selten in Erscheinung treten; weiter, daß die unsichere Komponente in jeder Wahl, das unbekannte x, rund 50 % der wahlberechtigten Bevölkerung bedeutet.

Es ist somit durchaus begreiflich, daß eine großzügige Propaganda unter dem Motto: «freedom is everybody's job» die Säumigen an die Urnen zu bringen und eine neue Tradition zu schaffen sucht.

Das Resultat der letzten Wahlen beweist, daß die Automatik des Zweiparteiensystems mit seiner ablösenden und auswechselnden Tendenz und Funktion allen gegenteiligen Vermutungen zum Trotz weiterhin wirksam blieb. Während die Republikaner bei den Wahlen von 1948 mit 45 % gegen mehr als 49 % demokratische Stimmen in der Minderheit geblieben waren, erhielten sie nun mit über 52 % der abgegebenen Stimmen die Mehrheit. Abgesehen von einer Reihe von Governor-Posten ergibt die Gewinn- und Verlustrechnung für die Republikaner einen Zuwachs von 5, vielleicht sogar 6 Sitzen im Senat und von rund 30 Sitzen im Repräsentantenhaus. Damit ist die Majorität der Demokraten in beiden Häusern zwar nicht gefährdet, aber geschwächt; angesichts der Affinitäten der Demokraten aus den Südstaaten mit dem wirtschaftspolitischen Konzept der Republikanischen Partei ist mit gewissen Schwierigkeiten für die Regierung zu rechnen.

Der republikanische Erfolg mag weniger dem Parteiprogramm als solchem als der Kritik an der Regierung zugeschrieben werden. Mit der gebräuchlichen schematischen Erklärung von rechts und links, einem Rechts- oder Linksruck wird man der amerikanischen Politik nicht gerecht. Sozialismus und Anti-Sozialismus (nicht im marxistischen Sinne gemeint) spielten zwar im Wahlkampf eine Rolle. Aber doch nur insofern, als die Republikaner sich offen als antisozialistisch bekannten und die Demokraten den Vorwurf des Sozialismus als unberechtigt ablehnten und — nicht mit Unrecht — darauf verwiesen, daß die private Wirtschaft noch nie auf solchen Hochtouren lief und mit Rekordproduktionsziffern Rekordgewinne verzeichnete, wie unter der demokratischen Verwaltung.

Hinsichtlich des Kommunismus waren sich beide Teile in unbedingter Ablehnung durchaus einig. Die Demokraten waren in diesem Belang naturnotwendig in die Verteidigung gedrängt, da aus der Zeit der engen Verbindung mit der UdSSR im Krieg gewisse per-

sönliche Bindungen in der Verwaltung übrig bleiben mußten, die seit dem Ausbruch der offenen Spannung zwischen den Mächten natürlich — zumal rückschauend betrachtet — in anderem Licht erscheinen.

Dies ist an sich durchaus nicht überraschend. 1950 sieht ziemlich überall in der Welt wesentlich anders aus als 1945 — und Weitsichtigkeit kommt gewöhnlich erst mit dem Alter.

Natürlich hat es wohl russenfreundliche Experten in der Verwaltung gegeben, und mußte es solche geben; anders war der Krieg kaum zu führen.

Natürlich gibt es unter ihnen ideologische Anhänger zumindest einer prokommunistischen Politik, und ebenso natürlich waren diese vor die Frage gestellt, entweder den Mantel zu wenden oder mit den Notwendigkeiten des Tages früher oder später in offenen Konflikt zu geraten.

Inwieweit die republikanische Kritik übers Ziel schießt und aus ihrer oppositionellen Funktion heraus mehr das was war, als das was noch immer ist unter Feuer nimmt, bleibt eine offene Frage.

Wahrscheinlich ist, daß die Verwaltung durch gelegentliche, nicht ganz geglückte Formulierungen in ihrer Antwort und wohl auch durch gewisse, allzu wörtliche und daher nicht durchaus vorausgesehene Gesetzesinterpretationen (z. B. anläßlich der Durchführung des Antikommunisten-Gesetzes) neue Angriffsflächen bot, die von der Opposition ohne Skrupel ausgenützt wurden.

Die Wählerschaft — aus begreiflicher Sorge heraus — ist weithin mit der Opposition gegangen.

Objektiv und vergleichenderweise gesprochen, hat der Durchschnittsamerikaner noch immer keinen Grund zu berechtigter Klage; sofern die Gegenwart in Betracht kommt.

Die Preise sind gestiegen; die Steuern sind hoch; die Kaufkraft des Dollars ist neuerdings gefährdet. Ein 60 Milliarden-Budget, mit mehr als 50 % aller Aufwendungen für Landesverteidigungszwecke, ist auch für USA keine Kleinigkeit. Aber daran kann weder eine demokratische noch eine republikanische, noch irgend eine andere Verwaltung, auch wenn sie es behauptet, viel ändern. Abgesehen hievon ist USA im Vergleich mit den meisten anderen Nationen noch immer im Vorteil.

Es ist eher die Sorge um die Zukunft — die Frage, wohin das alles führen soll, was die Gemüter beunruhigt.

Jeder weiß, daß es nicht ewig so weiter gehen kann.

Zu Recht oder Unrecht wird der koreanische Krieg und die durchaus unsichere fernöstliche Lage bisweilen der Regierung auf Debet-Konto angekreidet.

Die bisherigen amerikanischen Verluste sind eher empfindlich.

Mit rund 5000 Toten, 4000 Vermißten und 20 000 Verwundeten sind die Endsummen noch lange nicht gegeben.

Die bisherigen Verluste übersteigen die entsprechende Ziffer aus dem amerikanisch-spanischen Krieg von 1898 um mehr als das dreifache, wobei die Anzahl der Kämpfer damals das Doppelte betragen haben dürfte.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß der Prozentsatz der Verluste höher liegt als im letzten Weltkrieg, wenn man die Gesamtzahl der Einsatzkräfte zu Grunde legt. Die vermutliche Verlängerung des Konflikts, an der die USA-Regierung ganz gewiß völlig schuldlos ist, hat die berechtigte Freude über den stolzen amerikanischen Waffenerfolg und auch die Einsicht in die Unvermeidlichkeit dieses Ringens offensichtlich überwogen und der Opposition neue Stimmen zugeführt.

Wesentlicher als andere Erfahrungen, die mehr oder weniger sich auf Kombinationen stützen müssen, ist die Entscheidung der amerikanischen Wähler auf den sozialpolitischen Sektor. Hier waren die Fronten klar gezogen und abgegrenzt. Die demokratischen Listen waren von der geballten Macht der amerikanischen Gewerkschaftsorganisationen gestützt (mit für 1948 rund 16 Millionen ausgewiesenen Mitgliedern). Die Gewerkschaftsorganisationen hatten einen politischen Aktionsausschuß gebildet und sich mit sehr hohen Dollarbeträgen an der Wahlkampagne beteiligt. Es ging offensichtlich um einen Prestigekampf, hauptsächlich gegen den republikanischen Senator Robert Taft, der als Miturheber des vielumstrittenen Taft-Hartley-Akts im Mittelpunkt konzentrischer Angriffe stand und in seinem Wahlkreis, dem Staat Ohio, aus dem Sattel gehoben werden sollte.

Entgegen aller Voraussicht siegte Senator Taft mit der höchsten seiner jemals erzielten Majoritäten von 430 000 Stimmen über den demokratischen Gegenkandidaten. Dies trotzdem über 66 % der Bevölkerung von Ohio zur städtischen, also industriellen Bevölkerung gehören, und Industriezentren wie Cleveland, Cincinnati, Toledo u. a. in Rechnung zu ziehen sind.

Die von der Gewerkschaftsführung offen und ungeschminkt zugegebene Tatsache, daß die Arbeiterschaft ihrer Parole offensichtlich nicht folgte und nach eigenem Entschluß und Überzeugung wählte, ist die einzige Erklärung.

Darin aber liegt eine weitere Erhärtung der Erfahrung, daß der amerikanische Arbeiter seine Gewerkschaft ausschließlich als Vertretung seiner sozialwirtschaftlichen Interessen ansieht und nicht als eine Instanz seiner politischen Führung.

Senator Taft hat einen persönlichen Erfolg errungen, der nur sehr indirekt mit seiner Parteizugehörigkeit in Verbindung steht.

Zweifellos haben viele, die seine konservative Grundhaltung nicht durchaus teilen, aber auch sich darüber im klaren sind, daß nur törichte Oberflächlichkeit Konservatismus und «Arbeiterfeindlichkeit» einander gleichsetzt, die Persönlichkeit Tafts gewählt, dessen unbestreitbare Geradlinigkeit ihnen Gewähr zu geben schien, daß der amerikanische Wagen am richtigen Geleis bleibt.

Ähnliche Wählerentscheidungen waren in Kalifornien und New York zu verzeichnen. Für Radikalismus und Reaktion (beide wohnen in nächster Nachbarschaft, ja sie sind weithin identisch) — für jede Art von Bilderstürmerei ist der Durchschnittsamerikaner nicht zu gewinnen. Dies haben die letzten Wahlen von neuem bewiesen. Und je geringer der Einfluß europäischer und latein-amerikanischer Neu-Emigration wird, um so klarer wird das «America first»-Programm die traditionellen politischen Symbole von Elefant und Maultier in friedlichem Wettstreit vor denselben Wagen spannen.

Damit aber ist auch Europa auf die lange Dauer am besten gedient; selbst wenn die Dollars rarer werden sollten und nicht mehr bedingungslos zu haben sind.

Daß das Selbstverständliche nicht allgemein eingesehen wird, enthüllt nur eine der schlimmsten Erfahrungen unserer Zeit: daß kein Unsinn so groß ist, er könnte denn durch die schwarze Magie endloser Wiederholung zu stärkster politischer Wirkung kommen.

Gustav Stolper in «German Realities».